372929-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen – Planungs- und Analyseleistungen zur Identifizierung des Potenzials von Mobilstationen
OJ S 103/2026 01/06/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
E-Mail: wolf.wagner@kea-bw.de
Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Umweltschutz

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungs- und Analyseleistungen zur Identifizierung des Potenzials von Mobilstationen
Beschreibung: Die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH vergibt Leistungen zur Potenzialanalyse, datenbasierten Standortidentifikation und verkehrstechnischen Vorplanung (in Anlehnung an Elemente der HOAI Lph. 2 Verkehrsanlagen) von Mobilstationen in Baden-Württemberg. Ziel ist die Unterstützung von Kreisen, Kommunen und Verkehrsverbünden beim Aufbau lokaler Mobilstationsnetze. Der Auftrag umfasst GIS-gestützte Analysen, Entwicklung und Anwendung eines Scoring-Modells, Priorisierung geeigneter Standorte, mikroskopische Standortplanung einschließlich Kostenschätzung sowie die Erstellung LGVFG-relevanter Programmanmeldeunterlagen und standortbezogener Wirkungsanalysen.
Kennung des Verfahrens: ccff1e72-d5db-4fab-89fe-9603b64eea27
Interne Kennung: n.def.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71241000 Durchführbarkeitsstudie, Beratung, Analyse, 71242000 Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung, 71410000 Stadtplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung
Korruption:
Betrug:
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planungs- und Analyseleistungen zur Identifizierung des Potenzials von Mobilstationen
Beschreibung: Die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA-BW) vergibt Leistungen zur Potenzialanalyse, datenbasierten Standortidentifikation und verkehrstechnischen Vorplanung (in Anlehnung an Elemente der HOAI Lph. 2 Verkehrsanlagen) von Mobilstationen in Baden-Württemberg. Ziel ist die Unterstützung von Kreisen, Kommunen und Verkehrsverbünden beim systematischen Aufbau lokaler Mobilstationsnetze und der Vorbereitung konkreter Umsetzungsmaßnahmen einschließlich LGVFG-Programmanmeldung. Gegenstand des Auftrags ist ein landesweites Pilotprojekt. Für teilnehmende Kreise bzw. kommunale Zusammenschlüsse sind geeignete Standorte für Mobilstationen zu identifizieren, zu bewerten, zu priorisieren und planerisch so weit auszuarbeiten, dass eine belastbare Entscheidungsgrundlage sowie förderfähige Anmeldeunterlagen vorliegen. Die Leistungen umfassen insbesondere: Sichtung und Auswertung vorhandener Konzepte (z. B. Nahverkehrspläne, Klimamobilitätspläne, Konzepte für multimodale Knoten), GIS-gestützte Analyse potenzieller Standorte auf Basis verfügbarer Daten (u. a. ÖPNV-Haltepunkte, Bevölkerungs- und Nachfragepotenziale, relevante POIs), Entwicklung und Anwendung eines nachvollziehbaren Kriterien- und Scoring-Modells zur Bewertung und Priorisierung von Standorten (objektive und subjektive Faktoren), Erstellung von Standortsteckbriefen und Aufbau einer digitalen Standortkarte, Durchführung von Vor-Ort-Begehungen zur Bestandsaufnahme der priorisierten Standorte, Verkehrstechnische

Vorplanung ausgewählter Vorzugstandorte in Anlehnung an HOAI Lph. 2 Verkehrsanlagen einschließlich überschlägiger Bemessung, Lageplänen, Modulverortung und Kostenschätzung, Entwicklung eines Modells zur standortbezogenen Wirkungsanalyse (u. a. verkehrliche Wirkung, Klimawirkung, sozioökonomische Effekte) sowie Durchführung der Analysen, Erstellung der für eine Programmanmeldung nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) erforderlichen Unterlagen (u. a. Erläuterungsbericht, Übersichtspläne, Kostenschätzung, Finanzierungsplan), Entwicklung standortbezogener Roadmaps zur weiteren Umsetzung. Die Planung hat grundsätzlich unter Berücksichtigung landesseitiger Gestaltungsvorgaben für Mobilstationsmodule sowie der förderrechtlichen Anforderungen der zuständigen Regierungspräsidien des Landes Baden-Württemberg zu erfolgen. Die Leistungen sind interdisziplinär anzulegen und erfordern Kompetenzen in Verkehrsplanung, GIS-gestützter Analyse, konzeptioneller Standortbewertung sowie Förder- und Projektlogik. Die Zusammenarbeit erfolgt in enger Abstimmung mit der KEA-BW sowie den beteiligten Kreisen, Kommunen und Verkehrsverbünden. Neben regelmäßigen Abstimmungen sind Workshops und Präsentationen durchzuführen. Ziel ist es, belastbare, umsetzungsorientierte Ergebnisse zu erarbeiten, die eine schnelle Realisierung priorisierter Mobilstationen ermöglichen.
Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 21 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Bewerber haben zum Beleg ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit mit ihrem Teilnahmeantrag durch Eigenerklärung einen Mindestjahresumsatz in Höhe von netto 600.000,00 Euro im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre nachzuweisen. Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied die eigenen Umsatzzahlen angeben. Dabei müssen entweder die Mitglieder gemeinsam oder ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft allein die Anforderung an den vorgenannten Mindestumsatz erfüllen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Bewerber haben zum Beleg ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit mit dem Teilnahmeantrag den Nachweis über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen in Höhe von jeweils 2.500.000,00 € für Personen-, Sach- und Vermögensschäden je Versicherungsfall durch Vorlage einer Kopie der jeweiligen gültigen Versicherungspolice als Bescheinigung nachzuweisen. Alternativ hat der Bewerber/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft sich zu verpflichten, im Auftragsfalle die der vorgenannten Mindestdeckungssumme entsprechende Versicherung für die Vertragsdauer inkl. Gewährleistungszeit abzuschließen. Für diesen Fall ist die Bestätigung des Versicherers / der Versicherer vorzulegen, dass diese/r zum Abschluss der entsprechenden Versicherung/en für den Bewerber/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereit ist/sind. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Zahl der Mitarbeitenden muss in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren durchschnittlich mindestens 10 Vollzeitkräfte pro Jahr betragen haben. Bei Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die eigenen Mitarbeitenden -Zahlen angeben. Dabei müssen entweder die Mitglieder gemeinsam oder ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft allein die Anforderung an die vorgenannte Mindestanzahl erfüllen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Bewerber haben als Mindestanforderung ein Referenzprojekt nachzuweisen, dass die folgenden Anforderungen kumulativ erfüllen muss, um als Projektreferenz anerkannt zu werden: 1. Nicht älter als 5 Jahre. 2. Die Referenz beinhaltet planerische Leistungen, wozu auch konzeptionelle Ausarbeitungen gezählt werden, im Hinblick auf die Errichtung von mindestens 5 miteinander vernetzten Mobilstationen bzw. von mindestens 5 miteinander vernetzten Orten an denen Haltepunkte, Abstellanlagen und /oder Leihmöglichkeiten unterschiedlicher Verkehrsarten .miteinander verknüpft werden. 3. Das Referenzprojekt beinhaltet mindestens Leistungen der Standortidentifikation, -konzeption und Vorplanung. 4. Das Referenzprojekt beinhaltet Abstimmungs- oder Beratungsleistung zur Sicherstellung der potenziellen Förderfähigkeit sowie mindestens die Begleitung des Antragsstellers bei der Aufnahme ins Förderprogramm (z.B. LGVFG, GVFG, andere ÖPNV-Förderung) sowohl hinsichtlich der formalen als auch der inhaltlichen Anforderungen des Förderprogramms.
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Qualitätskriterium
Beschreibung: Die Qualität ist nicht das einzige Zuschlagskriterium. Alle Zuschlagskriterien sind ausschließlich in der Datei "Verfahrensbrief" benannt.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Preiskriterium
Beschreibung: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium. Alle Zuschlagskriterien sind ausschließlich in der Datei "Verfahrensbrief" benannt.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/ccff1e72-d5db-4fab-89fe-9603b64eea27

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:
Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 16/07/2026
Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/ccff1e72-d5db-4fab-89fe-9603b64eea27
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 29/05/2026 23:59:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: mehr Informationen in den Vergabeunterlagen
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg
Informationen über die Überprüfungsfristen: Auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Nachprüfungsantrages zur Vergabekammer gemäß §§ 160 f. GWB wird hingewiesen, namentlich auf die Regelung des § 160 Abs. 3 GWB, die folgenden Wortlaut hat: „(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegen-über dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
Registrierungsnummer: 13850
Postanschrift: Rotebühlstraße 81
Stadt: Stuttgart
Postleitzahl: 70178
Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland
E-Mail: wolf.wagner@kea-bw.de
Telefon: +49 1735237234
Internetadresse: https://www.kea-bw.de/
Profil des Erwerbers: https://www.deutsche-evergabe.de
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg
Registrierungsnummer: 91954d88-fe9b-42a3-af42-e2d2ffe4ded1
Postanschrift: Kapellenstraße 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76131
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219268730
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: IHK Auftragsberatungsstelle Baden-Württemberg
Registrierungsnummer: 858be19a-87ef-4fe2-b087-23148ed2b248
Postanschrift: Jägerstraße 30

Stadt: Stuttgart
Postleitzahl: 70174
Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland
E-Mail: auftragsberatung@stuttgart.ihk.de
Telefon: +49 71120051116
Internetadresse: https://www.ihk.de/stuttgart/fuer-unternehmen/oe-ausschreibungen?shortUrl=/auftragsberatungsstelle
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004
Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: ccff1e72-d5db-4fab-89fe-9603b64eea27-01
Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen
Beschreibung: Da die Teilnahmefrist in der Bekanntmachung versehentlich auf 0:00 Uhr statt 23:59 Uhr gesetzt wurde und im Verfahrensbrief die Teilnahmefirst mit 29.05.2026 ohne zeitliche Begrenzung angeben war, erfolgt diese Korrektur auf 29.05.2026, 23:59 Uhr. Bereits eingegangene Teilnahmeanträge wurden noch nicht entschlüsselt und gelten weiter als fristgerecht eingereicht.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: da9ebbfb-b388-4cf6-ba83-99c1e1b66586 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/05/2026 11:23:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 372929-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 103/2026
Datum der Veröffentlichung: 01/06/2026